„Mehr Grundgesetz wagen!

Konkurrenz-, Konsens- und Konkordanzdemokratie – Welche Demokratieform baut Brücken ins 21. Jahrhundert“

Vorlesung von Dr. Michael Blume

Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben

Auf Einladung der Stiftung Weltethos

Kupferbau Universität Tübingen, Hörsaal Tübingen

Hans Küng wandte die Paradigmenanalyse auch auf die Weltreligionen an & Dan Diner beschrieb den Zweiten Weltkrieg als auch eurasischen Krieg um Öl & Transportrouten im Nahen & Mittleren Osten. Foto: Michael Blume

Es gilt das gesprochene Wort.

Lieber Christopher (Gohl),
liebe Freundinnen & Freunde,

es ist mir eine große Ehre und Freude, heute auf Einladung Ihrer **Stiftung Weltethos** hier an der **Universität Tübingen** zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Sie haben mir **als Thema die drei Demokratieformen** gegeben, die leider außerhalb der Politikwissenschaft noch kaum unterschieden werden: die Parteien - **Konkurrenzdemokratie**, die Schweizer **Konkordanzdemokratie** und die parlamentarische **Konsensdemokratie**.

Dazu heute bei Ihnen sprechen zu dürfen, ist mir besonders wichtig: **die Universität Tübingen ist meine Alma Mater**, hier durfte ich in **Religionswissenschaft** promovieren und als zweites Hauptfach **Politik-wissenschaft** studieren. Und die Stiftung Weltethos hat in meinem Leben einen besonderen Platz:

Ich hatte die große Freude, als Student noch **Hans Küng**, vor allem aber **Urs Baumann** und **Karl-Josef Kuschel** „live“ zu erleben und von ihnen zu lernen. Noch am 9. Januar 2024 gelang hier am Ökumenischen Institut auf Einladung von **Reinhold Boschki** und **Karin Amos** eine christlich-jüdisch-islamische Tagung zu Ehren des Holocaust-Überlebenden und Friedensnobelpreisträgers **Elie Wiesel** (1928 – 2016), auf die ich am Ende noch einmal zurückkommen werde.

Für mein weiteres Leben und auch für meine heutige Argumentation bedeutend war aber nicht nur die dialogische Praxis, sondern beispielsweise konkret, dass **Hans Küng** in seinem großen mehrbändigen Werk **die Paradigmenanalyse auf die Weltreligionen** anwandte.

Erlauben Sie mir dabei kurz in die Erkenntnistheorie vorzugreifen und jetzt schon zu sagen, dass ***die drei Formen der Demokratie auf die drei Grundformen der Erkenntnistheorie passen***.

Die Paradigmenanalyse nach **Thomas Samuel Kuhn** (1922 – 1996) wurde entwickelt, um disruptive Wechsel wie zwischen der Physik nach **Newton** und **Einstein** zu beschreiben. In der Politik verbirgt sie sich hinter Floskeln wie *„Diesmal stehen wir an einem Scheideweg, in dem es nur zwei Alternativen gibt!“* und entspricht damit der **Parteien - Konkurrenzdemokratie**.

Früher meist mit dem **Mehrheitswahlrecht** und Zwei-Parteien-Systemen verbunden, soll sie Wählerinnen und Wählern die Auswahl zwischen klaren personalen und programmatischen Alternativen bieten. Doch Konkurrenz-demokratien neigen zum **Freund-Feind-Dualismus** und drohen in **autoritäre Thymokratien** umzustürzen.

Eine **rechtslibertäre Untervariante der Parteien – Konkurrenzdemokratie** ist die etwa von **Hedwig Richter** zu Recht kritisierte **„Konsumdemokratie“**, im Englischen auch *„**Deliverism**“*, deutsch *„Lieferantismus“* genannt. Dabei wird der demokratische Wettbewerb auf einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb zwischen den Parteien reduziert, die gefälligst *„einfach liefern“* und dabei den Kundinnen und Kunden möglichst wenig Anstrengungen *„zumuten“* sollten. Befürworter der Konsumdemokratie argumentieren, dass Menschen angesichts der Polykrisen ohnehin überfordert wären und wirkliche, politische Dialoge kaum noch „nachfragen“ würden. Kritiker weisen jedoch darauf hin, dass **die Reduzierung der Bürgerin zur Kundin** die demokratische Idee bereits aufgibt und zudem den Schluss nahelegt, dass sich auch Mitglieder in Parteien und Parlamenten nur noch für die eigene Karriere einsetzen oder kaufen lassen würden.

Die **Konkordanzdemokratie**, wie sie sich vor allem in unserem Nachbarland **Schweiz**, aber in anderer Form auch in der **Europäischen Kommission** und im **Libanon** entfaltet hat, entspricht dem erkenntnistheoretischen Konzept der interdisziplinären **Viabilität** nach **Catherine Z. Elgin**. Im Mittelpunkt steht dabei die Suche nach maximalen Übereinstimmungen und also *„Stabilität“* durch die Einbeziehung aller demokratischen Gewählten sowie deren Kontrolle durch Befragungen und Volksabstimmungen.

Damit aber tendieren Konkordanzdemokratien oft zum **Traditionalismus** und zum Rückzug aus internationalen Bündnissen. Sie können angesichts schneller Veränderungen und Krisen schnell erlahmen.

Der **Libanon** leidet unter der fossil bewaffneten Hisbollah und die **Europäische Union** wird immer wieder von Populisten vorgeführt. Die vorgeblich „neutrale“ **Schweiz** lässt sich militärisch von der EU beschützen und besticht gleichzeitig den amtierenden US-Präsidenten mit Gold, Uhren und Kryptocoins. *„Goldbarrendiplomatie“* klingt dabei einfach nur vornehmer als fossile Korruption.

Ich möchte Ihnen daher nicht verschweigen, dass ich kein exklusiver, aber doch ein tiefer Anhänger von **Karl Popper** (1902 – 1994) bin. Dessen auf der Flucht vor den Nazis in **Neuseeland** verfasstes Hauptwerk **„Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“** halte ich für das wichtigste, philosophische Werk des 20. Jahrhunderts. Die Debatte zwischen ihm und **Theodor Adorno** (1903 – 1969) auf einer Arbeitstagung der *„Deutschen Gesellschaft für Soziologie“* vom 19. bis 21. Oktober 1961 hier in **Tübingen** gilt mir als größtes, demokratisches Schlüsselereignis dieser Stadt seit dem vom Buchdruck befeuerten Bauernkrieg vor genau 500 Jahren.

Popper verdanken wir dabei auch das erkenntnistheoretische Prinzip der **Falsifikation**, der wiederholten Überprüfung von Argumenten, Daten und Thesen. Deswegen sticht es nach meiner Einschätzung über die beiden anderen Erkenntnismodi noch hinaus: Was ein Paradigma oder was viabel sei, das sollte doch immer wieder empirisch überprüft werden. Wer beispielweise die Bürgerinnen und Bürger nur noch als „Kundschaft“ ansprechen will, müsste erklären können, warum sich noch immer Millionen Deutsche ehrenamtlich engagieren, sich überhaupt informieren und auch wählen.

Der überprüfenden, offenen Gesellschaft entspricht die **parlamentarische Konsensdemokratie**, wie sie nach den Massenmorden des NS-Regimes auch im deutschen Grundgesetz angelegt wurde. Sie ist schneller als die Konkordanz-, aber stabiler als die Konkurrenzdemokratie.

Doch auch sie hat ihre Schwächen: Die parlamentarische Konsensdemokratie verlangt Demokratinnen und Demokraten viel Engagement und Dialogbereitschaft ab. Sie ist unbequem. Warum noch einander zuhören, wenn wir uns medial nur noch selbst bestätigen können?

Eigentlich fragen wir also heute, ob die parlamentarische Konsensdemokratie unseres Grundgesetzes auch noch als Brücke ins 21. Jahrhundert trägt.

Dass ich aber heute vor Ihnen überhaupt über solche Themen der Politikwissenschaft sprechen darf, verdanke ich auch in besonderer Weise meiner Frau **Zehra**, die heute bei uns ist. Wir beide sind **Arbeiterkinder**, ich bin **sächsischer**, sie **türkischer Herkunft** und ohne ihr Einverständnis hätte ich nicht **das Sonderkontingent Kurdistan-Irak** geleitet, wäre auch nicht **Beauftragter gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben** geworden und wohl heute kaum hier.

Denn auch ich hatte mich nicht gleich zu studieren getraut, sondern nach meinem freiwillig verlängerten Wehrdienst in unserer **Parlamentsarmee der Bundeswehr** erst einmal eine ordentliche Finanzausbildung bei der **Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)** - damals noch Landesgirokasse -, gemacht.

Erst dann traute ich mich zu studieren und es brauchte noch einmal ein gutes Jahr, bis ich es wagte, aus der damals schon von **rechtslibertärer Homo oeconomicus-Esoterik geprägten VWL hier an der Universität** umzusteigen in wirklich empirische und damit sinnvolle Wissenschaften.

Liebe Zehra, dass du mich damals ermutigt und mir gestattet hast, diesen Weg aus der beruflichen Bank-Sicherheit zu gehen und dazu das Wort geprägt hast, dass kein Gehalt ein berufliches Unglück ausgleicht – auch dafür möchte ich Dir heute danken.

Tübingen war und ist mit seiner Universität eben nicht nur ein Ort des Wissenserwerbs, sondern auch seiner Anwendung in historischen, interreligiösen und existentiellen Dialogen. Nach meiner Auffassung liegt darin Ihre und unsere Aufgabe: Mir scheint, dass der Standort der Stiftung Weltethos hier kein Zufall ist.

So danke ich dem **Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb** mit der **Geschichtswerkstatt Tübingen** um **Martin Ulmer**.

Konkret und aktuell möchte ich das von ihm und anderen herausgegebene Werk ***„Verbrechen. Volksgemeinschaft. Widerstand. Ein Wegweiser zu Spuren des Nationalsozialismus in der Region Gäu-Neckar-Alb“*** empfehlen.

Es ist im Verlag Gmeiner Studio erschienen und dies ist möglich geworden durch Zuschüsse von **Nicola Leibinger-Kammüller** sowie von der Sparkasse Zollernalbkreis und den OEW-Elektrizitätswerken.

Ich betone diese Beiträge aus der Wirtschaft auch deshalb, weil wir doch alle in diesen Tagen wieder erlebt haben, wie manche **selbsternannten „Familienunternehmer“**, bei denen es sich bisweilen **um Erben von NS-Profiteuren** handelt, moralisch und historisch versagt haben.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Auch theologisch lehne ich **die manichäische Erbsünde-Lehre** ab, sondern vertrete **eine biblische Lehre der Verantwortung**, des **abrahamischen *„Hineni!“***. Auch wer Geld und Güter aus der NS-Zeit geerbt hat, ist damit noch nicht persönlich schuldig. Wer aber nicht einmal einen **kleinen Teil dieses „braunen Erbes“ (David de Jong)** aufwendet, um **die eigene Familiengeschichte kritisch zu erforschen** und **unsere heutige Demokratie zu fördern**, wird seiner und ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Ich glaube, dass wir in **Nordkorea** das **Scheitern des fossilen Kommunismus als menschenverachtender Diktatur** sehen – und in **Südkorea** auch **das Scheitern des fossilen Homo oeconomicus-Kapitalismus**: Die höchsten Suizid- und niedrigsten Geburtenraten und ein faschistischer Putsch-Präsident, der gerade noch durch ein mutiges Parlament abgewehrt werden konnte.

Viele Rechtslibertäre glauben wirklich, dass der Markt auch die Moral regeln sollte und Empathie eine Schwäche wäre. Doch der stets männlich gedachte Homo oeconomicus zockt letztlich auch die Werte von Vielfalt und Demokratien, von Religionen und Familien und sogar Unternehmen nur egoistisch ab und bietet damit kein Ethos für eine lebenswerte Zukunft.

Die historische Aufarbeitung, wie Reichtum in unserem Land vor neunzig Jahren erpresst, geraubt und vererbt worden ist und was das auch noch für unsere heutige Bundesrepublik bedeutet, steht noch immer am Anfang. Und das erleben jüdische Menschen, Sinti und Roma, Zwangsarbeitende, selbstbewusste Frauen und Zugewanderte immer wieder – bis heute.

Und auch das sehen wir leider an der **Geschichte der Universitätsstadt Tübingen**. Der Gedenkband enthält nicht nur drastische Schilderungen, sondern auch **Fotos der NS-Zeit** auch von hier, von der **Wilhelmstraße**.

So zeigte sich **Tübingen bei der Reichstagswahl am 5. März 1933** als **Hochburg des Nationalsozialismus**!

49,2 Prozent der hiesigen Bürgerinnen und Bürger wählten die NSDAP und weitere 12,8 Prozent die Reichsbürger-Kampffront „Schwarz-Weiß-Rot“, die sich schon in ihrer Benennung gegen das „Schwarz-Rot-Gold“ der Weimarer Republik gestellt hatten.

All das war noch einmal deutlich mehr als das reichsweite Ergebnis von 43,9 Prozent für die NSDAP und von 8 Prozent für die „Kampffront“.

Gegen Ende des Krieges wurden dann wegen des eskalierenden Treibstoffmangels der Nazis genau hier im mörderischen **SS-„Unternehmen Wüste“** entlang der **Eisenbahnstrecke Tübingen bis Rottweil sieben Konzentrationslager (KZ) zur Produktion von Ölschiefer** angelegt. Unter den Zeichen des **Kohle-„Eisen und Blut“-Fossilismus des 19. Jahrhunderts** und des **„Blut für Öl“-Fossilismus des 20. Jahrhunderts** wurden darin bis zu 15.000 jüdische und nichtjüdische Zwangsarbeitende eingesetzt, von denen Abertausende durch Hunger und Krankheiten, Transporte, Todesmärsche und Erschießungen ermordet wurde.

Kapitalismus, Kommunismus und Faschismus waren und sind Ideologien der Verbrennung, des Feuers.

Und **der deutsche Nationalsozialismus** brach mit **den millionenfachen Morden und Verbrennungen sogar noch der Körper bewusst alle Gebote der jüdischen und christlichen Religionsgemeinschaften.** Hier in der Tübinger Anatomie wurden sogar noch Leichenteile von jüdischen KZ-Ermordeten für die wahnhafte Ideologie des NS eingelagert.

Die Traditionen der Menschenverachtung sind alt

Schon mit **Gründung der Universität Tübingen** um 1477 hatte der Kreuzfahrer **Graf Eberhard im Bart** (1445 – 1496) alle **Jüdinnen und Juden aus der Stadt vertrieben** und ein **Niederlassungsverbot** verfügt. Erst im 19. Jahrhundert durften wieder jüdische Menschen in die Stadt, erst 1882 konnte sich **eine kleine Gemeinde mit einer Synagoge in der Gartenstraße** formieren.

Von den 101 Gemeindegliedern konnten die meisten ins Ausland fliehen, insgesamt 23 Personen wurden vom NS deportiert und nur drei von ihnen überlebten die Schoah.

Gleichzeitig mit der Erinnerung wehren wir uns auch dagegen, jüdisches Leben auch hier in Tübingen auf die NS-Zeit zu verengen. Schon jetzt freue ich mich auf die Vorstellung eines neuen Sammelbandes *„Jüdisches Leben in Schwaben. Kultur und Geschichte in der Frühen Neuzeit“* kommenden Dienstag mit den Herausgeberinnen **Benigna Schönhagen** und **Linda Huber**.

Ja, heute gibt es wieder eine kleine Zahl jüdischer Tübingerinnen und Tübinger – aber gerade auch die Studierenden unter ihnen haben es hier weiterhin nicht leicht. Dennoch habe ich die Hoffnung, neben den vielen christlichen, islamischen und weiteren Religionsgemeinschaften der Stadt eines Tages auch **die Neu- und Wiedergründung einer jüdischen Gemeinde in Tübingen** erleben zu dürfen.

Auch die Regionalgeschichte beweist: Demokratie ist uns nicht angeboren, sie bleibt auch unter formal Gebildeten zerbrechlich – und ist es doch wert, immer wieder verteidigt und gelebt zu werden.

Und ich betone das hier auch, weil der ähnlich gelagerte Fall **Freiburg** und dessen leider bleibend antisemitischem NS-Rektor **Martin Heidegger** international noch viel bekannter sind. Unsere Landesgeschichte beweist: Formale Bildung und Wohlstand alleine schützen nicht vor Antisemitismus und Menschenverachtung.

Auch heute begegnet mir insbesondere an Hochschulen und Universitätsstädten der **hybride und pseudo-intellektuelle Antisemitismus aus rechten, libertären und linken, aus christlichen und islamischen Verschwörungsmythen**.

Dabei wird gerne verdrängt, dass wir selbst seit Jahrzehnten durch **unsere Importe von Erdöl und Erdgas die Diktaturen in Russland, im Iran und in vielen arabischen Ländern samt mörderischer Terrorgruppen wie „Wagner“, Hamas, Hisbollah und Huthi finanziert** haben.

Als ich daher in der bisher **wichtigsten Rede meines Lebens** – am 9. November 2023, dem 100. Jahrestag des ersten Hitler-Putsches von München, dem 85. Jahrestag der Reichspogromnacht und wenige Wochen nach dem Hamas-Terrormassaker – für **das Ende der fossilen Finanzierung demokratiefeindlicher Regime und für *„erneuerbare Friedensenergien“*** warb, erhoben sich die Fraktionen von Grünen, CDU, SPD und FDP zu stehendem Applaus. Fast alle Abgeordneten der AfD verließen jedoch den Saal. Den realen Gefahren und dem Dauerhass, die meine Beauftragung immer wieder mit sich bringen, wollen und werden wir nicht weichen.

Und Sie wissen dabei auch, dass ich selbst durchaus auch **demokratische und rechtsstaatliche Kritik an der Regierung Netanjahu übe**.

Von den antideutschen und islamfeindlichen Beschimpfungen US-amerikanischer & israelischer Rassisten lasse ich mich dabei ebenso wenig beirren wie von denen anderer Dualisten. Doch meine nun schon langjährige Erfahrung besagt leider auch:

Wer zwischen konstruktiver und fairer Kritik an israelischer Regierungspolitik einerseits und antijüdischen Verschwörungs- und Vernichtungsfantasien andererseits nicht unterscheiden will, hat sich meistens im Netz oder an einer Hochschule radikalisiert! Konstruktive Kritik zielt auf Dialog, Verbesserung und Frieden, Antisemitismus aber auf dualistische Vernichtung auch des Staates Israel.

Als entsprechend hilfreich empfehle ich **die IHRA-Definition des Antisemitismus**, die eine fachlich klare Differenzierung zwischen legitimer Kritik einerseits und feindseligem Antizionismus andererseits ermöglicht.

Wer nicht wahrhaben will, dass über 70 Prozent der Israelis für eine unabhängige und parlamentarische Untersuchung des Versagens am 7. Oktober 2023 plädieren und dass es tägliche Solidarität für die Justiz und Gewaltenteilung gibt, blendet Entscheidendes aus.

Denn die **schon antike Judenfeindlichkeit**, der christliche und dann islamische **Antijudaismus** und schließlich der rassistische **Antisemitismus** bilden historisch nicht einfach irgendein **feindseliger Dualismus**, sondern basieren auf **Bildungsneid** und **Verschwörungsglauben**.

Das **Judentum war die erste Religion der Alphabetisierung**, das Haus Israel das erste Volk, in der jedes Kind Lesen und Schreiben lernte. Entsprechend werden in allen anderen Formen des feindseligen Dualismus wie dem **Sexismus**, dem **Rassismus**, dem **Antiziganismus**, dem **Ableismus** (Hass auf Menschen mit Behinderungen und Erkrankungen) usw. eine vermeintliche Überlegenheit der Eigengruppe behauptet. Die einzige Form des feindseligen Dualismus, die eine vermeintliche Überlegenheit der vermeintlich „Anderen“ beschwört, ist der Antisemitismus. So können sich Antisemiten nicht vorstellen, dass die israelische Armee und Politik tatsächlich Fehler begangen haben, sondern deuten selbst das Hamas-Terrormassaker als angebliche jüdische Verschwörung!

Im ***„Gerücht über die Juden“***, wie es **Adorno** so treffend benannte, werden Jüdinnen und Juden als Superverschwörer vorstellt, die alle anderen Gruppen wie Kirchen und Muslime, Frauen und Ärzte, Journalistinnen

und Wissenschaftler, demokratische Parteien, Medien und Gerichte kontrollieren würden. Der von mir besonders geschätzte **Lehrer und Oberrabbiner Baron Jonathan Sacks** (1948 – 2020) fasste die Gefahr des Verschwörungsglaubens in dem Merksatz zusammen:

„This hate always starts with Jews, but it never ends with Jews. – Dieser Hass beginnt immer bei Juden, aber er endet nie bei ihnen.“

Dass mich **Rabbi Sacks** seligen Angedenkens vor zehn Jahren – Jahre vor meiner Beauftragung - in seinem großen Werk ***„Not in God's Name“*** als Religionswissenschaftler zitierte, empfinde ich als Auszeichnung und lebenslange Verpflichtung. Und ich möchte die Gelegenheit nutzen, Sie alle darum zu bitten, mit der Bekämpfung des Antisemitismus nicht vermeintlich Jüdinnen und Juden „einen Gefallen zu tun“.

Wir müssen begreifen, dass der Verschwörungshass – einmal entfesselt – jeden Rechtsstaat zerschmettert, jede Demokratie und jede Menschengruppe bedroht.

Wenn wir Verschwörungsmythen aufklären und jedem Antisemitismus wie auch jedem anderen, feindseligen Dualismus wehren, dann tun wir dies um unserer gemeinsamen Demokratie, Republik und Zukunft willen.

Gerade auch unsere Geschichte lehrt: **Wer eine Religion, ein Volk, einen Staat vernichten will, vor dem ist keine Religion, kein Volk, kein Staat und überhaupt kein Mensch mehr sicher.**

Und die Naturwissenschaft lehrt: Wenn auch die Völker, Religionen und Staaten des Nahen und Mittleren Ostens nicht zu demokratischen Frieden zusammenfinden, dann wird dort schon **in wenigen Jahrzehnten der Klima- und Wasserkrise niemand mehr gut leben** können!

Welche Demokratieform ist also geeignet, um die Brücke ins gemeinsame 21. Jahrhundert zu schlagen?

Lassen Sie uns vor der Beantwortung dieser Ihrer Frage zunächst noch kurz die so zentralen Begriffe „***Demokratie***“, „***Republik***“ und „***Parlament***“ klären.

„Demokratie“ heißt wörtlich Volksherrschaft und wurde aus dem Griechischen alphabetisiert. Schon die athenische Polis-Stadtstaaten-Demokratie schloss dabei Frauen und Sklaven aus. Und eine Volksversammlung verurteilte den einstigen Soldaten, großen Dialogphilosophen und Alphabet-Skeptiker **Sokrates** (469 – 399 v. Chr.) mit knapper Mehrheit zum Tod.

Entsprechend wandten sich schon **Platon** (427 – 327 v. Chr.), **Aristoteles** (384 – 322 v. Chr.) und eigentlich die ganze, griechische Klassik von **der gescheiterten Idee der unmittelbaren Demokratie** ab.

Der spätere, römische Staatsphilosoph und Konsul **Cicero** (106 – 43 v.Chr.) rühmte stattdessen **die Gewaltenteilung der römischen Republik** von „res publica“, lateinisch „öffentliche Sache“.

Denn während sich die Athener in endlosen Sitzungen im Amphitheater heißgeredet und dann gleich auch noch erregt abgestimmt hätten, hätten die weiseren Römer laut **Cicero das Stehen im Forum Romanum**, also **kurze Redebeiträge** und **mehrere Lesungen vor den entscheidenden Abstimmungen** vorgeschrieben.

In der **Staatsform der demokratischen Republik** wird also Volkes Stimme durch geschriebene Regeln moderiert, weswegen auch wir Heutigen in einer **föderalen und gewaltenteiligen Bundesrepublik** leben, nicht in einer preußischen Bundesdemokratie.

Leider gibt es jedoch auch nichtdemokratische Republiken wie beispielsweise die Volksrepubliken **China** und **Nordkorea** oder die vor allem durch Erdölregime korrumpierte Republik von **Venezuela**.

Bleibt also das aus dem Französischen stammende ***„Parlement“***, das ursprünglich noch keine gewählten Abgeordneten bezeichnete, sondern regionale Gerichtshöfe. Doch nachdem der französische König **Ludwig XVI.** (1754 – 1793) die US-amerikanischen Revolutionäre gegen **Großbritannien** mit ihrer Forderung *„No Taxation without Representation – Keine Besteuerung ohne Vertretung!“* unterstützt hatte, verweigerte auch das Parlement von **Paris** die Eintragung neuer Steuern – und wurde vom Volk dafür gefeiert.

Erzürnt berief der König zur dringenden Genehmigung „seiner“ Steuern die **Generalstände** ein – was zum Ballhausschwur und der Ausrufung als **Nationalversammlung**, dem Sturm auf die Bastille und also zur **französischen Revolution von 1789** führte.

Einer der wichtigsten Merksätze der Demokratiegeschichte lautet also: ***„Das Steuer- und Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments.“***

Die gewählten Abgeordneten etwa einer **Schura** von **Kuwait** sind also so lange kein „echtes“ Parlament, solange sie nicht über Steuern und Budgets entscheiden.

Der deutsche Bundestag könnte wieder ein echtes Parlament im Sinne unseres Grundgesetzes werden – weswegen ich auch als ehemaliger Kreisvorsitzender der Jungen Union Esslingen das Ringen der „Jungen Gruppe“ der Bundes-Unionsfraktion mit Sympathie und Sorge wahrnehme. Und ich bin wirklich dankbar, dass sich auch der baden-württembergische CDU-Landesvorsitzende **Manuel Hagel** an die Seite der jungen Abgeordneten

gestellt hat, die sogar in der ehrwürdigen Tagesschau noch immer als „Abweichler“ diffamiert werden.

Denn ganz unabhängig vom Sachthema stehen die vom Volk gewählten Abgeordneten des deutschen Bundestages auf dem Boden des Grundgesetzes, wenn sie darauf bestehen, die Rentengesetze und Haushalte beschließen und ihnen nicht nur zustimmen zu dürfen.

Es besorgt mich daher zutiefst zu lesen, dass der CDU-Fraktionsvorsitzende **Jens Spahn** dagegen den sogenannten „Rebellen“ mit dem Entzug von Partei-Listenplätzen „gedroht“ haben soll. Ich meine: Wer die Interessen von Parteihierarchien über die von Parlamenten stellt, demaskiert sich selbst.

Lernen wir auch aus der Geschichte des Alpenraums: Die **Parteien - Konkurrenzdemokratien** in **Italien**, **Österreich** und dann **Deutschland** fielen an den Faschismus und Nationalsozialismus. Alleine die **Schweiz** wandelte sich von der Konkurrenz- in eine **Konkordanzdemokratie** und wählte 1943 mit **Ernst Nobs** (1886 – 1957) den ersten Sozialdemokraten in den konkordant besetzten Bundesrat als Exekutive.

Adolf Hitler (1889 – 1945) hatte dazu das Scheitern seines antisemitischen Vorbildes **Georg von Schönerer** (1842 – 1921) an der parlamentarischen Demokratie in **Österreich** genau studiert. Die österreichischen „Alldeutschen“ skandierten bereits Parolen wie „*Ohne Juda, ohne Rom / wird gebaut Germaniens Dom*“ oder „*Die Religion ist einerlei / im Blute liegt die Schweinerei“* und grüßten ihren *„Führer“* mit *„Heil“*-Rufen. Allerdings **zerfiel die Alldeutsche Fraktion im österreichischen Reichsrat** bereits im Jahr ihrer Wahl 1901, woraus **Hitler** eine unbedingte Vorherrschaft der Partei ableitete:

NS-Reichstagsabgeordnete hatten buchstäblich als Parteisoldaten in Uniform und ohne jedes freie Mandat zu agieren. Nachdem sich der fossile Industrielle und langjährige NS-Spender **Fritz Thyssen** (1873 – 1951) als Reichstagsabgeordneter den Parteiweisungen widersetzt hatte, wurden er und seine Frau verhaftet und in Konzentrationslager eingewiesen.

Aus dem auch moralischen Untergang des NS-Regimes zogen die Mütter und Väter des deutschen Grundgesetzes daher also die Lehre einer wehrhaften, **parlamentarischen Konsensdemokratie**.

Dazu gehörte die **unbedingte Achtung der biblisch und humanistisch begründeten Menschenwürde gleich in Artikel 1 des Grundgesetzes**, die Stärkung der Judikative durch ein **Bundesverfassungsgericht** – über das etwa die **Schweiz** bis heute nicht verfügt – und das freie Mandat der gewählten Abgeordneten. So heißt es in Artikel 38 GG klipp und klar gegen jede Parteisoldaterie:

„Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

Und dieser mutige Entwurf einer parlamentarischen Konsensdemokratie führte auch zur Stabilisierung der Bundesrepublik.

Dazu trugen legendäre Abgeordnete wie der am Widerstand gegen den NS beteiligte Christdemokrat und Ökonom der liberalen „Freiburger Schule“ **Franz Böhm** (1895 – 1977) bei, der unter anderem erster Vorsitzender der *Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit* wurde, die deutsche Verhandlungsdelegation im sogenannten „Wiedergutmachungsabkommen“ mit **Israel**

leitete und von seinem Initiativrecht als Mitglied des Bundestages (MdB) Gebrauch machte, um ein wegweisendes Kartellrecht auf den Weg zu bringen. Und als die linke „Frankfurter Schule“ schon damals antisemitisch diffamiert wurde, trat ihr **Böhm** als Stiftungsvorstand zur Seite!

Damals waren echte, lebendige Debatten und auch wechselnde Mehrheiten im Deutschen Bundestag noch kein Problem, so dass Bundeskanzler **Konrad Adenauer** (1876 – 1967) 1953 auch das deutsch-israelische „Luxemburger Abkommen“ gegen Widerstände aus CSU, CDU und FDP mit den Stimmen der SPD durch den deutschen Bundestag bekam. Eine deutsche Volksabstimmung hätte das internationale Abkommen mit einer Zustimmungsrate von kaum über zehn Prozent in damaligen Umfragen übrigens nicht überstanden.

Wenige Monate zuvor, am 23. Oktober 1952, hatte **das Bundesverfassungsgericht die von der Sowjetunion geförderte Sozialistische Reichspartei (SRP)** verboten, weil die einschlägigen Vorschriften des deutschen Grundgesetzes damals noch nicht als unverbindliche oder gar taktische Empfehlungen missverstanden wurden. Obwohl die Union bei der Bundestagswahl 1957 mit 50,2 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit errungen hatte, ging sie zur Erweiterung ihrer parlamentarischen Basis eine Koalition mit der DP ein.

Doch im Jahr 1961 endete diese kurze Blütephase der bundesdeutschen, parlamentarischen Konsens-demokratie. Grund war wachsender Widerstand gegen den inzwischen 85jährigen **Adenauer** in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der FDP sowie **der Berliner Mauerbau des DDR-Regimes vom 13. August 1961** kurz vor der Bundestagswahl am 17. September!

In dieser akuten Krise erschufen **Adenauer** und der FDP-Parteichef **Erich Mende** (1916 – 1998) die im Kern **antiparlamentarischen Instrumente von Koalitionsverträgen samt Fraktionsdisziplin und von sogenannten „Koalitionsausschüssen“ unter Führung der Parteivorsitzenden**, die das Grundgesetz nicht kennt und nicht vorsieht. Wer sich den ersten Koalitionsvertrag von 1961 von gerade einmal neun Seiten anschaut, liest mit Staunen und – wie ich hoffe – Befremden von der Abschaffung der freien Bundestagsmandate, der parlamentarischen Haushalts- und Gesetzgebung sowie selbst der Vorladung von Regierungsmitgliedern vor den „Koalitionsausschuss“. Jede legislative und auch exekutive Initiative wurde den Parteien unterstellt, die doch laut Grundgesetz Artikel 21 nur gehalten waren, an der politischen Willsensbildung „mitzuwirken“.

Doch der deutsche Bundestag und auch das Kabinett ließ sich angesichts der Krise murrend zu Abnickvereinen von Parteifunktionären degradieren. Auch damalige Linke übernahmen das leider gerne, konnten sie doch so ihre Parteien zu ersatzkirchlichen Glaubensbewegungen ausbauen, aus denen heraus bis heute Abgeordnete und Regierungsmitglieder belehrt und abgestraft werden.

So hat beispielsweise die von mir wegen ihres standhaften **Antifaschismus besonders geachtete SPD** inzwischen die Mitwirkungsrechte ihrer Parteibasis gestärkt, aber noch nicht die ihrer Abgeordneten.

Parteitage aller Parteien werden stattdessen zu sorgfältig durchgeplanten Krönungsmessen um wenige oder gar einzelne Spitzenleute, in denen das glaubensbewegte Marketing bis in Symbole, Farben und Reden durch-inszeniert wird. Dabei sehen wir doch in den USA, dass die emotionale Überhitzung von Parteiblasen zwar gute Bilder und Musik bietet, aber die Gesellschaft polarisiert.

Dass der von der AfD Baden-Württemberg via Parteitag ausgerufene „Ministerpräsidenten-Kandidat“ nicht einmal mehr für den Landtag von Baden-Württemberg kandidiert, bringt die wachsende Herablassung von Parteien gegenüber den föderalen Parlamenten drastisch zum Ausdruck. Dagegen tritt **Cem Özdemir** mit dem Wechsel aus der Bundespolitik ebenso wie **Manuel Hagel** für den Landtag an, wie es sich für Spitzenkandidaten in einer föderalen und parlamentarischen Demokratie gehört!

Das Bundesverfassungsgericht konnte und kann kaum etwas gegen die zunehmende Kokurrenz-Parteiendemokratie tun, da sich die Abgeordneten seit 1961 den im GG nicht vorgesehenen Institutionen aus Koalitionsverträgen, Koalitionsausschüssen und Parteikommissionen „freiwillig“ unterwerfen.

Auch die meisten politischen Journalistinnen und Journalisten haben das parlamentarische Modell des Grundgesetzes gar nicht mehr kennen und schätzen gelernt. So wurden auch bei der letzten Bundestagswahl selbst in Qualitätsmedien die Optionen falsch dargestellt. Und sogar mein geliebtes SWR-Lieblingsradio betet unverdrossen nach, *„der Koalitionsausschuss“* habe über *„die Stromsteuer entschieden“* – als ob nicht eigentlich die Parlamente über Steuern zu entscheiden hätten!

De jure sind wir also weiterhin eine parlamentarische, auf den Austausch von Argumenten angelegte Demokratie. In der politischen und medialen Praxis sind wir jedoch zu einer Parteien-Konkurrenzdemokratie herabgesunken, in der gewählte Abgeordnete immer weniger zu sagen und noch weniger zu entscheiden haben.

Auch im lesenswerten Buch *„Das Versagen“* über die fossil orientierte **Russlandpolitik** mehrerer deutscher Parteien und Regierungen lässt sich so beispielhaft nachlesen, wie mutige und nach heutiger Kenntnis

weitsichtige **Putin**-Kritiker wie MdB **Andreas Schockenhoff** (1957 – 2014) von fossilen Lobbyisten, von der Exekutive und von fossil orientierten Medien auf offener Bühne gedemütigt und kaltgestellt wurden.

Wie gering der deutsche Bundestag inzwischen über sich selbst denkt, zeigt auch das zuletzt beschlossene Parteilisten-Wahlrecht, das unter anderem dazu führt, dass **der Wahlkreis Tübingen nun erstmals gar keinen Abgeordneten** mehr in den Bundestag entsendet; auch nicht den direkt gewählten **Christoph Naser**.

Ich bedauere dies nicht nur, weil ich **Christoph** und dessen Amtsvorgängerin **Anette Widmann-Mauz** kenne und schätze, sondern weil **das Prinzip der Repräsentation jedes Wahlkreises bis auf die Frankfurter Paulskirchenrepublik von 1848** zurückgeht. Wenn unser Bundestag inzwischen Parteilisten höher gewichtet als die Vertretung aller Wahlkreise, dann stellt er sich und seine Aufgabe selbst in Frage. Auch Abertausende Stunden demokratischen Engagements und Zigtausende Wählerstimmen werden damit vom Tisch gewischt!

Ich habe persönlich **kein Problem mit den noachidischen Regenbogen-Farben auf dem Parlamentsgebäude**, aber ein großes Problem mit mangelndem Respekt vor den Bürgerinnen und Bürgern auch des Wahlkreises, in dem ich heute sprechen darf.

Und es betrübte mich als begeisterten Anhänger unseres Grundgesetzes schon, dass unser CDU-Parteichef und Bundeskanzler **Friedrich Merz** nach seinem aus meiner Sicht gescheiterten Versuch, die AfD durch Annäherung zu halbieren, auch noch „verfügen“ konnte, dass der kritische Abgeordnete **Roderich Kiesewetter** nicht mehr in ein wichtiges Kontrollgremium des Bundestages gewählt wurde.

Wenn unser Parlament auch noch seine Kontrollaufgaben der Exekutive an Parteibüros abgibt, dann brauchen wir uns doch nicht mehr zu wundern, dass die parlamentarische Show zunehmend weniger überzeugt.

Immer öfter werde ich gefragt, warum wir eigentlich 630 Abgeordnete mitsamt Büro- und Fraktionsstäben wählen und bezahlen, wenn diese dann doch nicht einmal ihre verfassungsmäßigen Kernaufgaben erfüllen dürfen.

Warum genau sollte eine von Parteivorsitzenden bestimmte „Rentenkommission“ mit beamteten VWL-Professoren, Konzernlobbyisten und Parteibürokraten hinter geschlossenen Türen milliardenschwere Rentengesetze erarbeiten, denen dann der von uns gewählte Bundestag nur noch zustimmen soll? Ich danke allen Abgeordneten aller demokratischen Parteien, die sich solche Demütigungen nicht mehr länger bieten lassen!

Ich glaube, dass unsere parlamentarische Konsensdemokratie das Vertrauen der Menschen erst dann zurückgewinnen wird, wenn sie sich selbst und ihrem Grundgesetz wieder vertraut.

Medienrevolutionen und Mimesis

Lassen Sie mich also zum Abschluss dieser Vorlesung noch die eine Frage aufwerfen, die mir der unlängst von unserem Landtag in den Verfassungsgerichtshof von Baden-Württemberg gewählte Vorsitzende der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden (IRGB), **Rami Suliman**, mit auf den Weg gegeben hat: Wie konnte es so weit kommen, dass die NSDAP noch bei der Reichstagswahl von 1928 nur klägliche 2,6 Prozent erreichte – und fünf Jahre später an der Macht war?

Wann genau kippt eine demokratische Republik – und woran lässt sich dies erkennen?

Gerne wird hierbei auf die Wirtschaftskrise und Hyperinflation verwiesen, die das Vertrauen in die Weimarer Republik erschüttert hatten – doch diese war bereits 1923 geschehen.

Sehr viel direkter wirkte die Selbstaufgabe des Reichstages ab 1930, in dem nach dem Zusammenbruch der letzten Parteien-Mehrheitskoalition unter dem Sozialdemokraten **Hermann Müller** (1876 – 1931) über eine Reform der Arbeitslosenversicherung nur noch Reichskanzler ohne eigene Mehrheit meist auf der Basis von außerparlamentarischen Notverordnungen regierten. Die Parteiräson war vor die parlamentarische Vernunft getreten.

Vor allem aber wirkte der rechtsdualistische DNVP-Parteivorsitzende und Konzern-Medienunternehmer **Alfred Hugenberg** (1865 – 1951), der Hitlers Propaganda den Weg in Zeitungen, Radiosendungen und Kinosäle eröffnete – und irrtümlich glaubte, dieser ließe sich dann noch kontrollieren.

Nun wissen Sie auch, warum ich mit großer Sorge reagiert habe, als der Berliner AxelSpringer-Konzern dem rechtslibertären Konzern-Medienunternehmer **Elon Musk** sogar noch erlaubte, über seinen gekauften X-Einfluss hinaus in der *„Welt am Sonntag“* zur Bundestagswahl der AfD aufzurufen.

Medien sind mächtig und in Zeiten von Medienrevolutionen auch schnell übermächtig. Im EU-Mitgliedsland **Rumänien** musste wegen **massiver Wahlbeeinflussung durch TikTok** bereits eine Präsidentschaftswahl vom Verfassungsgericht annulliert werden, in den **USA** lässt **Donald Trump** seinen

Langzeit-verbündeten FoxNews-Eigner **Rupert Murdoch** wegen **Epstein**-Berichten in der „Washington Post“ verklagen und in **Israel** bittet der israelische Ministerpräsident gerade den Staatspräsidenten um eine „Begnadigung“ in Korruptionsermittlungen im direkten Zusammenhang mit Medienkonzernen.

Der Grund für die enorme Macht von Medien über unser Verhalten liegt im letzten Fachbegriff dieser Vorlesung, in der menschlichen **Psychologie der Mimesis**. Denn seit mindestens zwei Millionen Jahren begannen unsere Vorfahren nicht mehr nur das Verhalten, sondern die Ziele ihrer Mithominiden zu imitieren.

Alle Eltern kennen den Effekt, dass ein wochenlang liegen gelassenes Spielzeug sofort lebensnotwendig wird, wenn ein anderes Kind es benutzen möchte. **Die ganze Werbung baut darauf, dass uns attraktive Menschen Produkte präsentieren, die wir dann haben wollen.** Und die Regeln der Politik entwickeln sich weitgehend unabhängig von geschriebenen Verfassungstexten durch mimetische Nachahmung. Deswegen musste die Schweiz ihre geschriebene Verfassung nicht ändern, um von der Konkurrenz- in die Konkordanzdemokratie zu wechseln.

Und ebenso wenig musste unser Grundgesetz formal aufgehoben werden, um die Abgeordneten des deutschen Bundestages mimetisch zu entmachten.

Ohne menschliche Mimesis gäbe es keine Weltreligionen und keine nationalstaatlichen Zivilreligionen, keine Religionsgemeinschaften und keine politischen Glaubensbewegungen.

Doch leider hat die Mimesis auch eine gefährliche Unterseite der Entmenschlichung: Das ständige, algorithmisch verstärkte Vergleichen stürzt schon jetzt **Millionen Nutzende von Konzernmedien wie**

Facebook, Instagram und Tiktok in mimetischen Stress und Missgunst bis hin zu Depressionen, in Verrohung und Radikalisierungen. Digitale Gewalt wird zu realer Gewalt, wie auch der aktuelle SPIEGEL-Titel über gezielt zu Selbstverletzungen und sogar Selbsttötungen anleitende Digitalgruppen belegt.

Auch schon klassische Medienredaktionen „wussten“ medienethisch: Wer über Suizide und Gewalttaten sensationalistisch berichtet, löst mimetische Nachahmungstaten aus. Wer sogenannte „Flitzer“ und „Hetzer“ mit medialer Aufmerksamkeit belohnt, wird weitere Störungen und noch mehr Gewalt auslösen.

Und wer die mediale Abwertung ganzer Menschengruppen – die Rechtsmimesis - wie jüdischer, zugewanderter, weiblicher, queerer, wissenschaftlich, journalistisch, demokratisch Aktiver oder auch armer, alter, kranker Menschen bedient, wird damit niemals einen Rechtsruck besänftigen, sondern nur immer weiter befeuern.

Der Ausschluss von Frauen und Sklaven aus der attischen Demokratie erschien den damaligen Männern als so „natürlich“, dass wir uns keine Illusionen über die Notwendigkeit machen sollten, Minderheiten und Menschenwürde vor Übergriffen zu schützen.

Die Bonner Republik konnte sich noch auf Basis der damaligen ÖRR-Fernsehdemokratie als kleine Gruppe knorriger und rauchender Männer in Presseclubs und zwei linearen Programmen inszenieren. Doch mit dem Aufstieg des Privatfernsehens und dann vor allem der Digitalisierung nahm die Zahl der mimetischen Medienblasen immer schneller zu, in denen sich Menschen gegenseitig bestätigen und anfeuern.

Heute können Menschen zwar im gleichen Haus, aber in komplett unterschiedlichen Welten leben. Während Zehra und ich vor einigen Jahren noch als deutsch-türkisches und christlich-islamisches Paar bestaunt wurden, gilt es inzwischen als bemerkenswert, dass ein Christdemokrat und eine Grüne friedlich zusammenleben können.

Dabei versuchen wir einfach unseren Kindern vorzuleben, dass Vielfalt und Dialog, Dienst und Würde zusammengehören. Wir empfehlen ihnen, bisher erfolgreich, vor und neben allem Beruf auch Ehrenämter und auch freiwillige Dienstjahre im Sozialen und in der Bundeswehr.

Wir erleben: Keine Familie, keine Religion und auch keine Demokratie funktioniert allein auf Basis von Geld und Gier. Und sogar dort, wo wir produzieren und konsumieren, können wir regionale und fair gehandelte, ressourcenschonende und recyclebare Produkte bevorzugen. **Solarstrom ist längst nicht nur Friedens-, sondern auch Wohlstandsenergie**, weil er die Wertschöpfung dezentral und im Inland verankert. Das müssen Sie nicht mir glauben, sondern können zu den Millionen Armen von Pakistan bis Kenia schauen, die sich täglich mehr solar aus den fossilen, dreckigen und zentralisierten Energienetzen des 20. Jahrhunderts abmelden.

Ich lebe seit 2017 zunehmend als **Solarpunk** und erlebe das nicht als ersatzreligiöse Askese, sondern als bewusste, ja dankbare Lebenszufriedenheit. Und angesichts weltweit sinkender Kinderzahlen und also einbrechender Nachfrage sowie zunehmender Zölle sehe ich auch keinen Sinn mehr in fossiler Überproduktion für den Export. Unseren Konzernmanagern und Aktionären rufe ich zu, dass nicht die EU-Kommission am Verschwinden der Kodak-Fotofilme und der Nokia-Handys schuld war, sondern die Reaktanz fossiler Millionäre.

Aus meiner Sicht verbindet nicht nur die Religionen, sondern auch die demokratischen Parteien unseres Landes viel mehr als uns trennt. Doch ich bin mir schmerzlich bewusst, dass immer mehr Menschen an den Gemeinsamkeiten zweifeln, ohne die ein glückliches Zusammenleben undenkbar erscheint.

Meine Sorge ist daher nicht nur, dass sich die mediale Vereinsamung, Giermimesis und gesellschaftliche Verrohung immer weiter durchsetzen. Ich beobachte vielmehr, dass auf den medialen Rechtsruck ein digitaler Linksruck folgt und die klassischen, demokratischen Parteien der parlamentarischen Mitte wie auch die aufgeklärten Religionsgemeinschaften medial zerrieben und buchstäblich zerblasen werden. Digitale Blasen und hyperindividuelle KI-Kokons bilden geradezu das Gegenteil von wärmenden Gemeinschaften und gemeinsamer Öffentlichkeit.

Mit einem Tübinger Erlebnis will ich es konkret machen: Kaum Hundert Meter von hier gelang es uns wenige Monate nach dem Hamas-Terrorangriff im Ökumenischen Institut jüdische, christliche, muslimische, anders- und nichtreligiöse Menschen zu klarer und dennoch dialogischer Aussprache zusammen zu bekommen. Das Interesse war so groß, dass sich Menschen auf die Treppenstufen setzten.

Doch ein Journalist, der selbst gar nicht vor Ort war, fasste eine Nebenbemerkung aus meiner Rede zur verkürzenden Schlagzeile zusammen, ich hätte die Umbenennung der Universität Tübingen gefordert. Sie können sich die Maileingänge der kommenden Tage alle vorstellen, die im Wesentlichen aus der Empörung darüber bestand, ob wir Süddeutschen denn „nichts Besseres zu tun“ hätten, als uns über Namen zu streiten.

Doch immerhin hatte ich **mein Redeskript auf meinen Wissenschaftsblog stellen können, wie ich es auch mit dieser „dualen Rede“ tue**. Und so konnte ich auch erzürnte Anfragende auf den Originaltext verweisen. In einem Fall bat ein wütender Akademiker aus Berlin dann sogar um Verzeihung dafür, dass er sich medial verkürzt aufpeitschen ließ. Und wenn sogar mal eine Mail aus Berlin Wertschätzung enthalten kann, dann besteht viel Grund zur Hoffnung!

Auch deswegen halte ich weder etwas von positiver noch negativer Überpersonalisierung. Weder können uns **Angela Merkel**, **Olaf Scholz**, **Christian Lindner**, **Robert Habeck, Bärbel Bas** oder **Friedrich Merz** im Alleingang vor der Polykrise „retten“, noch ist irgendjemand von ihnen alleine „am Niedergang Schuld“. Das überdrehte und verkürzte Auf und Ab der Partei- und Medienzyklen ist vielmehr unser aller Problem.

Die mimetischen Spielregeln unserer Parteien-Konkurrenzdemokratie sind bereits dermaßen erschüttert, dass so niemand mehr gewinnen kann. Umso höher die Partei-intern inszenierten Erwartungen, umso tiefer der unweigerlich folgende, öffentliche Fall. Auch Politikerinnen und Politiker sind Menschen, aber die derzeitigen Logiken fordern unfehlbare Messiasse mit folgenden Passionsspielen. Da ist mir gerade auch als Christ zu viel Passion und zu wenig Dialog in Politik und Medien!

Und gerade „weil“ wir **in Baden-Württemberg von der süddeutschen Ratsverfassung bis zur Urwahl der evangelisch-württembergischen Landessynode tiefe, konsensdemokratische Traditionen** haben, haben auch wir **in den kommenden Monaten bis zur Landtagswahl mit massiver, digitaler Gewalt aus dem In- und Ausland** durch Demokratiefeinde zu rechnen.

Die gute Nachricht ist, dass wir mit der parlamentarischen Konsensdemokratie des deutschen Grundgesetzes und den Landesverfassungen sowie mit den konkordanten Elementen auf europäischer, kommunaler und auch religiöser Ebene bereits sehr gute Wege haben, die wir eher nur wiederbeleben statt neu erfinden müssen.

Parlamente mit deren Ausschüsse und Kommissionen könnten jederzeit wieder zu echten Gremien des Dialoges und der Entscheidung werden, gewählte Abgeordnete wieder als glaubwürdige und selbständige Repräsentanten aller Wahlkreise erscheinen.

So könnte **der deutsche Bundestag aus seiner einstimmigen Anerkennung des IS-Genozides am Ezidentum** noch immer politische Schlüsse ziehen. Aus meiner Sicht steigt das Sicherheitsgefühl der Menschen in unserem Land nicht, wenn rechtstreue Familien mit Kindern zu ihren Verfolgern abgeschoben werden, sondern wenn wir alle uns wieder mehr auf Anstand, Herz und Mut auch in der Politik verlassen können.

Der erste Bundespräsident **Theodor Heuss** wählte bewusst **das Kreuz als Ordenssymbol des Bundes**, nicht das verriegelte Tor. Niemand muss selbst religiös sein, um diesen himmelweiten Unterschied zu spüren.

Regierungsmehrheiten könnten wieder auf Basis von informellen Koalitionen ohne Detailverträge, dafür mit echten Beratungen in den Parlamenten gebildet werden. Die Mitglieder demokratischer Parteien könnten wieder über Sachthemen diskutieren statt als Jubelkulisse zu dienen.

Und anstelle der meist außereuropäischen Konzernmedien gibt es bereits **ein wachsendes Fediversum öffentlich zugänglicher und digital souveräner Plattformen**, die unsere Psychologie und

unsere Kinder nicht russischen, chinesischen oder US-amerikanischen Oligarchen unterwerfen. Es ist doch kein Wunder, dass **Elon Musk** die **selbstorganisierte Wikipedia** fürchtet, zerstören und ersetzen will.

Auch in der dynamischen KI-Entwicklung plädiere ich dringend für europäische Spezialisten, statt unsere gesamten Daten und Muster an internationale Konzern-Bots auszuliefern.

Es liegt an uns, an uns allen, die menschliche Mimesis wieder ins Bessere, ja ins Gute zu drehen, aus der Geschichte zu lernen und die enormen demografischen und klimatischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gemeinsam zu bewältigen.

Wir sitzen nicht nur in einem Boot, wir wirken in einer gemeinsamen Arche.

Und da mein Amt es mit sich bringt, dass ich intensiv mit Demokratinnen und Demokraten aller Parteien und Milieus sowie mit vielen Schülerinnen und Schülern intensiv sprechen darf, darf ich Ihnen eines versichern: Die meisten Menschen in Baden-Württemberg wissen längst, dass die fossilen Mythen vom ewigen Wachstum und erfolgreichen Egomanen zusammenbrechen. **Die meisten gerade auch jüngeren Menschen unseres Landes hungern nicht nach immer mehr Wut und Gütern, sondern nach Gemeinschaft, nach Glaubwürdigkeit, nach Sinn.** Sie beobachten mimetisch genau, ob wir leben, was wir sagen.

Und das ist die Brücke, über die wir gemeinsam und mit Würde über die Abgründe unseres Jahrhunderts gehen können. **Ein Weltethos muss nicht er-funden werden, es kann immer wieder ge-funden werden.**

Eine gute Universität kann dazu hilfreich, wird aber nie der einzige Weg zu einem solchen demokratischen Weltethos der Würde sein. Herzensbildung war, ist und bleibt mehr als formale Bildung.

Ich bin kein Optimist mehr, aber voll Hoffnung. Und ich glaube, dass ich genau deswegen heute zu Ihnen sprechen durfte.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!